

Die grüne Guerilla – Über eine politische Avantgarde ¹

Christa Müller

Nomadische Anbaukulturen

Wenn Jungpflanzen in Tetrapacks wachsen und Kapuzinerkresse im Einkaufswagen wuchert, kann man das als Kommentare zu Ressourcenknappheit und Warenüberfluss lesen. Aber hat das auch etwas mit Gärtnern zu tun?

Gärtnern war bislang immer bodenständig. Bis 2009 die ersten Akteure auftauchten, die ihren von der Polizei geräumten Nachbarschaftsgarten Rosa Rose auf Lastenfahrräder packten und in einer Umzugsparade auf »Asylbeete« befreundeter Gemeinschaftsgärten transportierten. Der Gemüseanbau in Milchtüten und Asia-Reissäcken ist eine symbolische Handlung ersten Ranges.

Hier arrangiert man sich nicht nur mit industrieverseuchten Böden, hier wird auch umgedeutet. Und damit findet Aneignung statt in einer Stadtgesellschaft, die eigentlich verregelt und vollständig durchgeplant ist; in der auf jedem Platz bereits eine Nutzungsdefinition liegt. Jüngere Generationen, die ein Höchstmaß an Individualisierung erreicht und zugleich gelernt haben, dass ihre Stimme zählt, empfinden das nun als zu eng. Sie reklamieren nicht nur Selbstbestimmung, sondern auch Mitgestaltung. Die traditionelle Stadtplanung »von oben« legitimiert sich nicht mehr »qua Amt«. Sie wird herausgefordert. Durch Partizipation entstehen Ansätze einer demokratischen Stadtentwicklung.

Unterdessen geraten aber die ersten Nomaden schon wieder ins Zweifeln. »Läuft der Mietvertrag aus, ziehen wir einfach um – auf das oberste Deck eines Parkhauses, in eine Industriehalle oder eine der vielen weiteren Brachflächen im Stadtgebiet«, schreiben die noch jungen Macher der Pflanzstelle aus Köln in ihr Blog.

So lautete zunächst auch die Devise des Kreuzberger Prinzessinnengartens, deren Nomadisch Grün gGmbH ursprünglich viele Gärten schaffen, nach dem jeweiligen Nutzungsende weiterziehen und immer neue »Nicht-Orte« transformieren wollte. Nomadisch leben heißt auch, sich nicht festlegen müssen, heißt größtmögliche Freiheit, um dabei immer wieder auf undefinierte Räume zu treffen.

Aber heute, nach drei Jahren am Moritzplatz, zeigt sich, wie dicht die sozialen Netze im Kiez inzwischen geknüpft sind. Und wie schade es wäre, sie einfach wieder aufzugeben. Soziale Beziehungen sind eben nicht so mobil wie der Kartoffelsack aus Plastik. Nur selten ziehen sie den Nomadinnen und Nomaden hinterher. Zwischennutzungen mögen der Aufwertung einer Fläche dienen; für Gärtner/innen sind langfristige Pachtverträge

das bessere Mittel der Wahl. Dafür kämpft aktuell der Berliner Prinzessinnengarten mit der Onlinepetition »[Wachsen lassen](#)«, die in den ersten 24 Stunden mehr als 4000 Unterschriften verzeichnete – aus aller Welt.

Urban Gardening war von Anfang an ein internationales Phänomen. In Ländern des Südens ist der mobile Anbau in den Slums und an den Rändern der Megastädte eine nahe liegende Überlebensproduktion. Und im heute weitestgehend de-industrialisierten und in der Folge dramatisch geschrumpften Detroit beispielsweise ersetzt die urbane Landwirtschaft Arbeitsplätze und besetzt die räumlichen Arrangements der untergegangenen Autoindustrie. Das alles ist nicht zu vergleichen mit der westeuropäischen Urban-Gardening-Bewegung, die spielerisch ans Werk geht. Dass die derzeit interessantesten und facettenreichsten Formen in deutschen Großstädten zu beobachten sind, hat auch damit zu tun, dass unser Land noch vergleichsweise reich ist und man sich das Spiel mit der Erprobung neuer Wohlstandsmodelle auch habituell leisten kann.

Die Stadt intensivieren statt auf's Land ziehen

So sind die Deutschen im Urban Gardening fast unbemerkt zur Avantgarde geworden. Dabei ist es höchst bemerkenswert, dass diese neue und noch junge Ökobewegung die kleinbäuerliche Wirtschaft und Kultur wiederentdeckt hat, ohne sich auf's Land zurückziehen zu wollen. Urbane Landwirtschaft ist hier der Ausgangspunkt einer Suche nach dem »besseren Leben« in der Stadt, das nicht auf der Ausbeutung von Tieren, Böden und Menschen in der immer noch sogenannten Dritten Welt beruht, sondern mit saisonalen und regionalen Qualitäten experimentiert und die lebendigen Beziehungen und Netzwerke zwischen Menschen und Natur intensivieren will. Weit jenseits des monetären Gewinns.

Oft wird vorgebracht, dass das Urban Gardening beispielsweise eine Stadt wie München niemals ernähren könne. Dabei ist das vorläufig auch gar nicht das Ziel. Derzeit liegt die Bedeutung der noch weitestgehend nicht kommerziell betriebenen urbanen Landwirtschaft in der Erfahrung und Einübung einer Logik, die nicht auf Verwertung, sondern auf Versorgung ausgerichtet ist.

Hier geht es um ein anderes Vergesellschaftungsmodell. Autonomie bedeutet für diese Bewegung nicht, hohe Löhne zu erzielen, um sich die lebensnotwendigen Dinge kaufen zu können, sondern Wissen, handwerkliches Können und soziale Netzwerke zu leben und zu erproben, um mit weniger materiellen Ressourcen, dafür aber nach den eigenen Vorstellungen und mit den eigenen Händen ein Mehr an Lebensqualität zu erreichen. Es war eben immer schon politisch, bäuerlich zu sein.

Nicht, dass das Phänomen des großstädtischen Gärtnerns als solches neu wäre. Schon in den siebziger Jahren eroberten sich türkische Einwander/innen die Brachflächen der Innenstädte, um Bohnen und anderes Gemüse anzubauen. Ebenfalls ohne zu fragen. Ihre Motivation war dabei nicht Protest, sondern eine für sie naheliegende Strategie der Subsistenz, also der Versorgung aus eigener Kraft.

Die in den letzten Jahren in vielen großen Städten entstandenen Gemeinschaftsgärten, Kiezzgärten, Interkulturellen Gärten und Nachbarschaftsgärten zielen mit dem Garten als Medium zugleich auch direkt auf die Stadt als Lebensraum und senden visuelle Vorstellungen von Urbanität, die das Auge zunächst irritieren. Der Gemü-

seanbau in ausgedienten Bäckerkisten und umgebauten Europaletten auf dem stillgelegten Berliner Flughafen Tempelhof oder am Kreuzberger U-Bahnhof Moritzplatz, an der Hamburger Großen Freiheit in St. Pauli oder unter dem Münchener Olympiaturm fordert zu einer neuen Lesart von Stadt auf.

Zu den wesentlichen Adressaten gehören dabei die Stadtplaner/innen und –verwalter/innen, die man bei der Gestaltung des öffentlichen Raums darauf aufmerksam machen will, dass die Stadt kein Container für noch mehr Autobahnen und Shopping-Malls ist, sondern ein Lebensraum für alle, in dem auch über die Grundlagen der Existenz debattiert werden sollte. Die politischen Formen der Generation Garten zeichnen sich weniger durch Forderungskataloge als durch Performanz, durch punktuelle und symbolische Interventionen im öffentlichen Raum aus.

Zudem bieten Gemeinschaftsgärten eine Plattform für ganz unterschiedliche Wünsche: Da kann man die Hände mal wieder in die Erde stecken, sich gesund ernähren, die Leute aus der Nachbarschaft kennenlernen, Wissen austauschen und aneignen, Neues lernen sowie praktische Beiträge zum Thema »Local Food« leisten. Die Urban Gardening-Aktivist/innen halten Bienen, reproduzieren ihr Saatgut selbst, stellen Naturkosmetik her, färben mit Pflanzen, übernehmen Parks in Eigenregie, reklamieren Gemeinschaftsdachgärten und organisieren Festtafeln unter freiem Himmel. Sie verwandeln Brachflächen und zugemüllte Parkdecks in Orte der Begegnung.

Die Bewegung ist jung, bunt und sozial eher heterogen. Auffallend viele Mittelschichtskinder mit akademischem Hintergrund gärteln Seite an Seite mit Migrant/innen, Hartz-IV-Empfänger/innen und Künstler/innen. Da die allermeisten keine oder wenig Erfahrung mit Handwerk und Garten haben, ist Dilettantentum an der Tagesordnung. Das ist durchaus gewollt, denn die Leitidee in Gemeinschaftsgärten ist Open Source.

Open Source

So kommt eine Menge an Wissen zusammen und wird produktiv gemixt. In urbanen Gärten ergibt sich ständig die Gelegenheit und eben auch Notwendigkeit zum Austausch. Das Zusammentreffen der unterschiedlichsten Talente und Bedarfe schafft eine lebendige und immer unaufgeräumte Atmosphäre. Hier regiert nicht die Effizienz, sondern die Freude am Tun und die Neugier auf das, was entsteht.

Die urbane Gartenbewegung tritt bewusst als Hybrid auf die Bühne. Sie vermischt virtuelle Vernetzungslogiken und zeitgemäße Vorstellungen von Teilhabe und Gemeinschaft mit bäuerlicher Denke. Es ist dieser Mix, der mit den gängigen Modernisierungsvorstellungen bricht und uns Hinweise gibt, dass wir in Zeiten des Umbruchs leben.

Für Anhänger/innen von Fortschrittsideologien, die in den etablierten politischen Parteien, insbesondere linker Provenienz, ungebrochen vorherrschen, muss das verwirrend klingen. Zum Weltbild des historischen Materialismus gehört eine lineare gesellschaftliche Entwicklung, in der die Kleinbauern obsolet sind, denn angeblich verweigern sie sich dem Fortschritt, »kleben an der Scholle« und vertreten nur ihre Partikularinteressen. Kleinbauern und Kleinbäuerinnen galten immer schon als rückständige Fortschrittsfeinde und damit tendenziell als

reaktionär. Dass ausgerechnet urbane Trendsetter heute die vermeintlich historisch überwundenen bäuerlichen Lebensformen umdeuten, sollte die Linke nachdenklich stimmen.

Für den großen russischen Agrarökonom und Bauernforscher Alexander Tschajanow, der von Stalin verfolgt wurde, weil er sich gegen die Kollektivierung der Landwirtschaft wendete, war die bäuerliche Tätigkeit eine »in ihrem Wesen radikal von der kapitalistischen verschiedene Wirtschaft«. In seinem Anfang der zwanziger Jahre erschienenen Hauptwerk »Die Lehre von der bäuerlichen Wirtschaft« belegt Tschajanow, dass der Bauernwirtschaft eine »ganz andersartige Auffassung von der Vorteilhaftigkeit und eine ganz andere Art des Rechnens« zugrunde liegt. Man könnte auch sagen, sie folgt einer Rationalität, die nicht an Wachstum, sondern an Erhalt, nicht an effizienter Nutzung von freier Zeit, sondern an Kooperation mit den Zeitzyklen der Natur orientiert ist. Was in der alten Industriegesellschaft, die auf beständige Optimierung der Ressourcenausbeute, Effizienzsteigerung sowie Raum- und Zeitverkürzung setzt, in der Tat überkommen schien, wird heute hochgradig kompatibel für die aktuelle Debatte um die Postwachstumsgesellschaft, in der die Suche nach postmateriellen Wohlstandsmodellen, nachhaltigen Lebensstilen, Entschleunigung und Lokalisierung der Produktion als ökologische Notwendigkeit postuliert wird.

Allmende ist das neue Buzzword

Umgenutzte Flughäfen und Industriebrachen künden schon von einer Übergangszeit. Und die kann ein hochgradig produktiver Zustand sein. So mancher urbane Garten in zuwachsenden Industriekulissen spiegelt schon das zeitliche Ineinanderfallen verschiedener Epochen – wie der Industriemoderne und der Moderne der sich ankündigenden multiplen Krisen. Überall entstehen Bilder von einer Gesellschaft neuen Typs. Industriemoderne, das hieß in den letzten Jahrzehnten vor allem eine Optimierung der Naturbeherrschung, die Neustrukturierung der internationalen Arbeitsteilung und die Intensivierung des industriellen Massenkonsums auf globaler Ebene. Modernisierungsdiagnostiker belegten das »postindustrielle« Geschehen mit Begriffen wie »Dienstleistungsgesellschaft«, »Wissensgesellschaft« oder »Freizeitgesellschaft«. Antworten auf die Frage, woher das Essen kommt, gaben sie bisher nicht.

Wie selbstverständlich wurde vorausgesetzt, dass die Produktion der lebensnotwendigen Güter weiterhin delegiert werden kann: an die 1-Euro-Jobberinnen in den Sweatshops der »Sonderproduktionszonen« und an ausgebeutete Landarbeiter. Voraussetzung dafür ist die oftmals illegale Landnahme in den Ländern des Südens und die Ausplünderung der Natur. Beide galten seit der Kolonisierung als unerschöpfliche Ressource und »natürliche Grundlage« der westlichen Industriegesellschaften. Indigene Regierungen in Lateinamerika reklamieren nun aber die seltenen Erden für ihren eigenen Wohlstand, und immer mehr Konsumentinnen und Konsumenten erklären sich mit den spätkolonialen Raubzügen nicht mehr einverstanden.

Zeit also für einen Reality Check. Aus der Postwachstumsperspektive rücken die Gemeingüter wieder ins Blickfeld. Dabei erleben längst vergessen geglaubte Begriffe wie »Allmende« eine Renaissance und werden auf lokaler Ebene wertgeschätzt und in Szene gesetzt. »Collaborative Consumption« und »Commons« heißen die neuen Buzzwords. Sie verweisen auf die Kulturtechniken der Zukunft: weniger kaufen, dafür mehr gemeinschaftlich

nutzen, teilen, schenken, leihen, reparieren. Alles wiederentdeckte Praxen, die nicht nur das Handwerk wieder beleben und den Ressourcenverbrauch verringern, sondern auch als Grundlage einer zeitgemäßen Kultur des Miteinanders taugen.

Selbstversorgung

Konsumismus war die Leitkultur der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Auf ihr bauen persönliche Biografien, nationale Sozialsysteme, ja, beinahe komplette Gesellschaften auf. Nun wird diese Leitkultur zunehmend in Frage gestellt. Unendliches Wachstum ist eine Illusion, denn ohne die Ausbeutung immer knapperer Ressourcen ist sie nicht möglich. Diese Einsicht ruft die allerorten neu entstehenden Formen der Subsistenz auf den Plan.

Was aber kann diese Selbstversorgung heute bedeuten? Die Coolness der Autonomieerfahrung, wenn man seine ersten eigenen Karotten erntet, ist eine Sache. Ohne Geld aber kann auch der Talentierte nicht überleben. Egal, ob in der Stadt oder auf dem Land. Der Weg in eine zukunftsfähige Gesellschaft und die mutmaßlich damit verbundenen materiellen Wohlstandsverluste bieten nur dann neue Perspektiven, wenn sie von einer gerechten Umverteilung sowie von tiefgreifenden Demokratisierungsprozessen begleitet werden.

An dieser Stelle ist das Gemeinwesen gefragt, das im Kern selbst eine subsistenzorientierte Perspektive einnehmen müsste, um die vor uns stehenden Veränderungen aussichtsreich zu moderieren. Subsistenzpraxis im öffentlichen Raum benötigt nicht nur ein symbolisches Schulterklopfen, sondern auch infrastrukturelle und rechtliche Voraussetzungen. Es muss dafür zum Beispiel Grund und Boden bereitgestellt werden, damit sich die Potenziale einer nachhaltigen Entwicklung entfalten können.

Eine der ureigensten Aufgaben der Kommunen, öffentliche Räume vor partikularen Interessen zu schützen und allen Bewohner/innen frei zu halten, gehört deshalb neu auf die politische Agenda. Selbstversorgung darf keine Armutsstrategie sein und im Sinne einer neosozialen Logik für den Umbau des Sozialstaates instrumentalisiert werden. Die neuen Gärten stehen vielmehr für Teilhabe in einer pluralen und produktiven Stadt und für die Einsicht in die Grenzen des Konsums.

Anmerkungen

(1) Dieser gekürzte Beitrag von Christa Müller erschien zuerst in der Wochenzeitung »der Freitag« am 31.5.2012.

Autorin

Christa Müller ist Soziologin und leitet die Stiftungsgemeinschaft anstiftung & ertomis in München. 2011 gab sie das Buch »Urban Gardening. Über die Rückkehr der Gärten in die Stadt« heraus.

Kontakt

Stiftungsgemeinschaft anstiftung & ertomis
gemeinnützige GmbH
Daiserstr. 15, Rgb.
81371 München
Telefon: (089) 74 74 60-0
E-Mail: info@anstiftung-ertomis.de
www.anstiftung-ertomis.de

Redaktion

Stiftung MITARBEIT
Redaktion eNewsletter Wegweiser Bürgergesellschaft
Eva-Maria Antz, Ulrich Rüttgers
Ellerstr. 67
53119 Bonn
E-Mail: newsletter@wegweiser-buergergesellschaft.de